Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München,



Nummer 19 — **München / 4. Jahrgang** — **11. Mai 1917**

Ein „brauchbarer“ Mittler.

Von S. Hirschhorn.

Der Leiter des „Hilfsvereins“ Dr. Paul Nathan ergreift bereits zum zweitenmal das Wort über die polnisch-jüdischen Beziehungen. Zum erstenmal tat er es in den Spalten des „Berliner Tageblattes“ im Januar 1916, zum zweitenmal in demselben Blatte am 5. April 1917. Dr. Nathan gehört nicht zu denjenigen, die die polnisch-jüdische Frage nicht kennen. Er war einigemal in den beiden Okkupationsgebieten Kongreßpolens, hat die Verhältnisse direkt beobachtet und mit den Vertretern sämtlicher Richtungen Rücksprache genommen: den polnischen und den jüdischen. Er weiß gut, daß die „osteuropäische Judenfrage einen wesentlich anderen Charakter hat als der Gegensatz zwischen Juden und Nichtjuden in westeuropäischen Ländern“, was seiner Ansicht nach, „die Quantität und unter Umständen die Qualität beeinflußt“. Er weiß auch, daß die Ostjuden nationale Rechte beansruchen dürfen, und daß die nationalen Rechte eine Gewährleistung für die bürgerlichen darstellen. „Zu einer Zeit, da man die Gegensätze unter der Bevölkerung nicht mehr in erster Reihe unter dem religiösen, sondern unter dem nationalen Gesichtspunkt... betrachtet“ — schreibt Dr. Nathan — „war es naheliegend, die jüdische Minorität, und daneben auch die kleine deutsche, meist protestantische Minorität durch die Einrichtung völkischer Kurien zu schützen.“ Schließlich weiß er auch von dem in Polen wütenden Antisemitismus, den er vorigesmal in vielen — wenn auch bei weitem nicht in allen — Einzelheiten geschildert hat. Er weiß auch, daß dieser Antisemitismus auch heutzutage gar nicht abgeschwächt ist. Jetzt aber berichtet er darüber schon in ganz anderen Tönen, den er will „Fortschritte in Polen“ nachweisen und schildert deshalb den Antisemitismus als etwas Nebensächliches und bereits der Vergangenheit Angehörendes, indem er sagt: „freilich der Dmowskische (?) Antisemitismus wucherte zunächst noch fort, und er bedeutete als staatszersetzende Kraft recht Erhebliches,“ denn 15 Prozent der Bevölkerung in Polen sind Juden und in einzelnen Städten gibt es bis 80 und selbst über 90 Prozent Juden.

Diese Bezeichnung „Dmowsischer“ Antisemitismus will, im ganzen Zusammenhang des Artikels, den Anschein schaffen, als gäbe es hier in Bezug auf die Judenfrage zwei Richtungen: böse Passivisten und brave Aktivisten. Leider wissen die polnischen Juden von dieser schönen Legende nichts. Wir fühlen allzu oft am eigenen Körper, daß sowohl die Passivisten wie die Aktivisten in Judenfresserei überaus aktiv sind und daß sie sich zu der jüdischen Not und den jüdischen Menschenrechten völlig passiv verhalten.

Wie dem auch sei, leugnet Dr. Nathan weder den polnischen Antisemitismus, noch die Notwendigkeit der nationalen Rechte für die Juden. Es sollte scheinen, er würde den logischen Schluß daraus ziehen und die Anerkennung dieser Rechte befürworten. Dr. Nathan äußert sich jedoch im entgegengesetzten Sinn. Er will aus dem künftigen Königreich Polen einen „Nationalstaat“ schaffen und die nationalen Minoritäten zu rücksichtsloser Assimilierung verurteilen, oder sie auf Gnade und Ungnade der polnischen Majorität ausliefern. In dieser Beziehung ist er noch radikaler als Freiherr v. Rechenberg (siehe „J. E.“ Nr. 16). Während letzterer nur die Juden preisgibt, verzichtet Dr. Nathan auf nationales Recht auch im Namen der Deutschen; die Ruthenen und die Litauer schweigt er aber — wohl aus Gründen der Bequemlichkeit — gänzlich tot.

Argumente aus dem Gebiete des Rechtes und der Gerechtigkeit finden wir in den Ausführungen Dr. Nathans nicht. Hingegen übernimmt er die Rolle eines „brauchbaren Mittlers“ zwischen Deutschen und Polen, die er in seinem ersten Artikel für die Juden beanspruchte. Daß seine „lieben Stammesgenossen“ als erste dieser Vermittlung zu Opfer fallen, liegt auf der Hand. Die Opferung der Juden dem polnischen Chauvinismus sei ein Postulat der „hohen Politik“. Erstens, „wenn man den Deutschen und Juden in Kongreßpolen die Autonomie gewährte, so könnten die Polen Galiziens ihren Ruthenen und ihren zahlreichen Juden die Autonomie nicht verweigern.“ Mit anderen Worten: außer den Juden und Deutschen läßt sich schon Herr Dr. Nathan auch die Polonisierung der Ruthenen in Galizien gefallen. Ob auch die Ruthenen Lust haben, vom Allpolentum verschlungen zu werden, möchte ich bezweifeln. Zweitens — und dies ist das Herrlichste — „wenn die Autonomie der Juden und der Deutschen in Kongreßpolen unter deutschen Schutz gestellt würde, wie könnte man den Polen in Posen, in Westpreußen und in Oberschlesien die Autonomie vorenthalten.“ Ich kann auf diese Frage jetzt nicht näher eingehen. Ich gestatte mir nur eine Bemerkung. Es ist bezeichnend, daß ein Jude, und dazu noch ein „liberaler Jude“, dessen Gewissen nicht ruhen kann, wenn man den Polen die Gerechtigkeit nicht im breitesten Umfange widerfahren läßt, in Bezug auf seine „Glaubensgenossen“ Recht und Gerechtigkeit gänzlich aufgeben will. Auch vom deutschen Standpunkte aus, ist die Stellungnahme Dr Nathans bemerkenswert. Während eine große Schar von Stammdeutschen (wie Puttkammer, Grabowsky, Gothein, Quessel und dergl. mehr)

die sämtlichen Richtungen im Deutschtum — vom Konservatismus bis zum Sozialismus — vertreten und die zweifellos auch gute Patrioten sind, in der Berücksichtigung der nationalen Rechte der Ostjuden das Interesse der Zentralmächte erblicken, kommt der „jüdische Deutsche" und beteuert das Gegenteil.

Sodann führt Dr. Nathan noch einen Beweisgrund an. Die Rechte der Ostjuden könnten nicht geschützt werden, denn „solch ein verfassungsmäßiger zunächst papierener Schutz ist nur dann eine reale Garantie, wenn die Geschützten entweder stark genug sind, um ihre Rechte selbst zu verteidigen, oder wenn ihre Rechte durch außenstehende Dritte geschützt werden, oder wenn endlich vorausgesetzt werden kann, daß ihre Rechte eine Anfechtung nicht erleiden werden. Nichts von alledem trifft auf die polnischen Verhältnisse zu."

Mit anderen Worten, Dr. Nathan hält sämtliche Minoritäten in Polen, die doch hier und da, und zudem in den für die Kultur und Wirtschaft maßgebenden Städten, oftmals die Mehrheit besitzen, für schutzlos. Dabei hält Dr. Nathan internationale Verträge für „einen Fetzen Papier", eben zu einer Zeit, wo die übrige — allerdings weniger „liberale" Menschheit — das Verhältnis zwischen viel stärkeren Völkern gerade auf Verträge stützen will. Es ist dies eine ziemlich originelle Auffassung. Dr. Nathan dürfte aber dabei schon vollauf aufrichtig sein und auf die bürgerlichen Rechte der Juden verzichten, wenn die polnische Mehrheit sie ihnen nicht gutwillig gewährt. Er muß sich, mit anderen Worten, auch ein verfassungsmäßiges polnisches Rumänien gefallen lassen.

Wir Ostjuden sind darüber nicht erstaunt. Es ist dies die unerläßliche Konsequenz eines unentwegten Assimilanten. Eines dürfen wir aber von einer Persönlichkeit, wie Dr. Nathan verlangen: Objektivität. Dr. Nathan mag den edlen Wunsch haben, uns zu polonisieren und zu entrechten, er hat aber kein Recht, die Sache so hinzustellen, als ob wir es selbst verlangten. Daß die Ostjuden jüdisch-national fühlen und daß sich alle maßgebenden politischen Parteien für die national-kulturelle Autonomie ausgesprochen haben, wurde in der deutschen Öffentlichkeit mehrfach nachgewiesen. Sogar die Assimilanten in Polen haben sich gegen Zwangsassimilation und für Berücksichtigung des Jidischen in der Schule ausgesprochen.*)

Es mutet uns deshalb — milde gesagt — sehr merkwürdig an, wenn uns Dr. Nathan etwas so Sonderbares mitteilt: „Organisiert ist vor allem die jüdische Orthodoxie in Polen und sie ist ein starker Faktor der zukünftigen politischen Entwickelung. Organisation, die den Namen „Agudas Hoortoxim" trägt, ist erst unter Beihilfe jüdisch-orthodoxer Kreise Deutschlands ins Leben getreten; sie ist über das ganze Land verbreitet und zählt heute bereits mehr als 22 000 eingeschriebene Mitglieder." Schon abgesehen von dieser Statistik, die noch einer Nachprüfung bedarf, erfahren die Leser des „Berliner Tageblatts" nicht, daß die neuen Führer der Orthodoxie dem jüdischen Publikum gegenüber nicht behaupten, sie wollten die Juden polonisieren; im Gegendteil, sie beteuern ganz feierlich, daß sie noch zweckmäßiger als die Nationaljuden gegen die Assimilation kämpfen. Die Leser des „Berliner Tageblatts" erfahren ferner nicht, daß man die Orthodoxie zu Zwecken organisiert, die mit der Politik nichts gemein haben (etwa zur Wohltätigkeit, Studium des Talmuds u. dgl.). Wenn also die Führer im Namen der so organisierten Massen Erklärungen ausgesprochen politischen Charakters abgeben, tun sie es auf eigene Verantwortung.

Es ist auch sonderbar, daß Dr. Nathan, der in Deutschland „liberaler" Jude ist, und die dortige Orthodoxie bekämpft, in Polen eine Richtung verherrlicht, deren Ziel darin besteht, daß man die Unwissenheit der Massen ausnützt, um in ihrem Namen die Entrechtung der Juden gutzuheißen, wie es in Galizien seit langem der Fall ist, wozu sich aber kein deutscher Jude hergeben wird.

Schließlich wird Herr Dr. Nathan aus einem düsteren Pessimisten ein rosiger Optimist. Derselbe Mann, der nicht einmal zu internationalen Verträgen Vertrauen hat, traut blind Dokumenten, die von wenig maßgebenden Personen ausgehen und in der unverbindlichsten Form abgefaßt sind. Er ist von der bekannten Erklärung des polnischen zeitweiligen Staatsrates begeistert, welche den Juden bürgerliche Gleichberechtigung in der Zukunft verheißt, ein Versprechen, das — abgesehen von vielen anderen Gründen — schon deshalb wertlos ist, weil der Staatsrat durch seine Bildung selbst die Gleichberechtigung der Juden kraß verletzt hat.

Geradezu komisch kommen uns die leeren Zusagen des Grafen Roniker vor, der ein entschiedener Antisemit ist, als Leiter des „Hauptfürsorge-Rats" usw. aktiven Antisemitismus treibt, der aber zugleich im Auslande den Juden ein Paradies in Aussicht stellt — natürlich alles für die Zukunft.

Wenn Dr. Nathan, anstatt die Rolle eines „brauchbaren Mittlers" zu spielen, sich für verpflichtet hielte, die unerträgliche Lage seiner — sagen wir „Glaubensgenossen im Osten" zu lindern, würde er den polnischen Machthabern etwa falgendes sagen:

„Meine lieben Herren, vielleicht können Sie wenigstens etwas von all den schönen Sachen schon jetzt verwirklichen? Sie machen sich doch selbst, und mit Recht, über den russischen Großfürsten lustig, der den Polen ebenfalls so viel Herrliches für die Zukunft versprochen und nichts gegeben hat."

Erst wenn eine der Versprechungen in Erfüllung gegangen wäre, hätte Dr. Nathan Recht zu sagen: Die Kluft zwischen Juden und Polen ist überbrückt; das war ein Akt der staatsmännischen Klugheit, den Polen und Juden begrüßen können." Jetzt sind es Worte, Worte, Worte, leere und schädliche Redensarten.

*) Näheres darüber s. meinen Artikel in Nr. 3 des „Frankfurter Isr. Familienblattes".

Die innerpolitische Neuorientierung Oesterreichs und die Juden.

(Aus dem „Lemberger Tageblatt".)

Eine neue Völkerpolitik beginnt in Österreich zu dämmern. Selbst die konservativsten Elemente haben endlich eingesehen, daß das innerpolitische Problem, die bisherige Politik des Ausspielens eines Volkes gegen das andere, die Bevorzugung eines Volksstammes vor dem anderen eine drohende Gefahr in sich birgt, nicht allein für das Prestige der Monarchie im Auslande, sondern auch für ihre Integrität und Entwicklung auf allen Gebieten der menschlichen Kultur.

Die Erfahrungen der letzten drei Jahre waren für Österreich so lehrreich, daß sogar das Herrenhaus, das mächtigste politische Zentrum des kon-

servativen Adels, sich den Strömungen der neuen Zeit nicht mehr verschließen konnte, und auch in den dem Hofe und der Regierung nahestehenden Kreisen vernehmliche Stimmen laut werden für eine zeitgemäße politische Erneuerung des Landes.

Gegen das neu aufgestellte politische Programm der Mittelpartei des Herrenhauses, besonders gegen den ersten Punkt desselben, in dem die Rechte, Freiheit und Pflichten aller Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession und Nationalität gewährleistet werden, hätten wir Juden gewiß nichts einzuwenden; wir zweifeln jedoch, ob diese neuen politischen Richtlinien und Grundsätze, wenn sie überhaupt durchgeführt würden, auch auf die 2½ Millionen österreichischer Juden Anwendung finden werden. Gewiß sind diese Grundsätze auch für die Juden geschrieben, und es wird niemandem einfallen, die Juden von dem ihnen durch die neuen Staatsgesetze gewährten Schutz offiziell auszuschließen. Aber der verhängnisvolle Irrtum und das noch schwerere Unrecht, das bisher an den Juden Österreichs begangen wurde, liegt in der unerhörten Tatsache, daß unsere nationale Sonderexistenz immer und überall verleugnet wurde, wo wir unsere Ansprüche auf gleiche Rechte mit allen anderen Volksstämmen der Monarchie erhoben. Gerade in dieser Beziehung werden die Juden bei der Neugestaltung der Dinge in Österreich die größten Anstrengungen machen müssen, damit sie nicht als eine konfessionelle Gruppe, sondern als ein vollwertiger Volksstamm, den man nicht als einen stummen Statisten heute zu dem einen und morgen zu dem andern Volk hinzuzählen darf, vor der ganzen Welt anerkannt werden.

Die österreichische Politik ist im Begriff, mit ihrem alten Parteidünkel zu brechen, und es wäre eine schreiende Ungerechtigkeit, die alten Vorurteile in Bezug auf den jüdischen Volksstamm noch weiter zu pflegen, zumal die Juden stets und mit aller Entschiedenheit die Einheit der Monarchie angestrebt und eine unverbrüchliche Liebe zum Habsburger Herrscherhaus bewahrt haben. Die österreichischen Politiker müssen endlich einsehen, daß ein zufriedener, national gefestigter jüdischer Volksstamm die sicherste Stütze für das Staatsganze der Monarchie bildet und daß mit der Stärkung des nationalen Judentums ein normales und gesundes inneres und äußeres Leben bei den Juden gefestigt werden kann, was von einer weitblickenden Politik herzlich begrüßt und unterstützt werden sollte.

Punkt 7 des erwähnten Programms bezieht sich auf die neue Ordnung in Galizien und enthält u. a. folgenden Satz: „Die politische Gesetzgebung und Verwaltung muß die Gleichberechtigung aller derjenigen Volksstämme Galiziens anerkennen und wahren, von denen ein Teil in den übrigen Ländern der Monarchie lebt". Mit diesem Volksstamm sind zweifellos die Juden gemeint. Wir müssen aber mit allem Nachdruck und aller Entschiedenheit erklären: neben der bürgerlichen Rechte verlangen wir auch die Gleichberechtigung der Juden als eines Volksstammes. Wenn das kleine Häuflein der Deutschen in Galizien diese Rechte genießt, so müssen sie den eine halbe Million zählenden Juden in Galizien erst recht zuerkannt werden.

Das österreichische Judentum im allgemeinen und das galizische insbesondere fordert entschieden seine Gleichstellung mit den anderen Volksstämmen als ein gleichwertiger und gleichberechtigter Volksstamm. In unserem eigenen Interesse wie auch im Interesse des Staates wollen wir nicht das Gefühl haben, daß während der Jude im neuen Rußland auch in seinen nationalen Rechten den übrigen Volksstämmen gleichgestellt ist, wir noch schwer für die Anerkennung der Tatsache kämpfen müssen, daß wir ein Volk, einen besonderen jüdischen Volksstamm bilden, dessen Existenz und nationale Entwicklung auch im Interesse des österreichischen Staates liegt.

Die Neuorientierung Österreichs wäre nur unvollständig, wenn man ausschließlich in der Judenfrage bei der alten Orientierung, oder richtiger — bei der alten Unorientiertheit bliebe.

Syrien als Wirtschaftsgebiet.

Von Dr. Elias Auerbach (im Felde).

So gewaltig die Literatur über Syrien und insbesondere über Palästina auch ist — den lebendigsten Eindruck erhält man davon aus der großen Thomsenschen Bibliographie — so war es doch dem, der sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Länder unterrichten wollte, bisher nicht leicht gemacht. Das Material war zerstreut vor allem in den verschiedenen Konsularberichten und durch diese Vereinzelung für den Benutzer zunächst fast ungenießbar; die zusammenfassenden Darstellungen waren meist älteren Datums, auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr anwendbar und auch vielfach unzuverlässig; tüchtige Arbeiten umfaßten immer nur einen kleinen Teil des riesigen Materials. Jetzt endlich haben wir ein Buch, wir können ruhig sagen das Buch, das die gesamte Wirtschaft Palästinas und des weiteren syrischen Gebietes darstellt, dessen Kenntnis für das Verständnis der palästinensischen Wirtschaft unentbehrlich ist.*)

Dieses Buch „Syrien als Wirtschaftsgebiet" hat Dr. Arthur Ruppin geschrieben. Von den Lebenden dürfte wohl niemand so berufen sein als Ruppin, es so zu schreiben. Seit fast zehn Jahren als Leiter des zionistischen Kolonisationswerkes in Palästina tätig, hat er in einer Arbeitsleistung, deren gewaltigen Umfang nur der recht beurteilen kann, der ihn aus der Nähe kennen gelernt hat, auf fast allen Gebieten der palästinensischen Wirt-

*) Dr. Arthur Ruppin, Syrien als Wirtschaftsgebiet. Berlin 1917. Verlag des Kol.-Wirtsch. Komitees, Berlin, Mittler u. Sohn. IV. und 418 S.

schaft selbst mitgewirkt. Er konnte einen erheblichen Teil des Materials aus eigenen Akten schöpfen; er hatte in seiner amtlichen Tätigkeit als Leiter des Jaffaer Palästina-Amtes tausendfältige Gelegenheit, mit den kleinsten Einzelheiten des wirtschaftlichen Gebietes sich vertraut zu machen; niemand hatte so vielfache Beziehungen zu allen Schichten der jüdischen, europäischen und einheimischen Bevölkerung wie er; zahlreiche Reisen, auch im weiteren Syrien, haben seinen Gesichtskreis erweitert und sein Material vervollständigt; ihm standen, besonders auch durch den Einfluß Djemal Paschas, Quellen offen, die jedem bisherigen Bearbeiter verschlossen waren. Endlich brachte er auch zu dieser Arbeit die gründlichste volkswirtschaftliche Vorbildung und den scharfen Blick des geschulten Statistikers mit, vor allem aber als höchst persönliche Gabe die unbeirrbare Sachlichkeit und Objektivität, die ihn vor Tausenden auszeichnet.

So konnte ein Werk erstehen, dessen größte Leistung vielleicht die Zusammendrängung des ungeheueren Stoffes auf 418 Seiten ist. Freilich ein solches Buch, das von Zahlen wimmelt, ist keine spannende Lektüre, keine literarische Süßspeise. Es fordert, wie von seinem Schöpfer, auch von seinem Leser harte und eindringliche Arbeit. Aber aus den Tabellen und Vergleichszahlen steigen dem, der Sinn für die Zahl hat, Kritik und Folgerungen, Forderungen und Aussichten machtvoll empor. Kein Wort der Schönrednerei schwächt die nüchterne Gewalt der gegebenen Tatsachen ab, und der ordnende Geist, der diese Massen von Daten zusammengeführt und gruppiert hat, kann am Schluß einer Wirkung sicher sein, die tief und weitreichend, klärend und aufbauend, befruchtend und anspornend ist. Die Zahlen haben Leben, das Buch hat eine Tendenz: Werdet sachlich!

Wir wollen ganz kurz den Inhalt des Buches überschauen; zu einer Diskussion von Einzelheiten ist gegenüber einem so grundlegenden Werk hier nicht der Platz.

Die Einleitung gibt ein Abschnitt über das Land Syrien, von Alexandrette bis an die ägpytische Grenze, und seine Bewohner. So kurz er ist, so wertvoll ist er durch die Zuverlässigkeit seiner Angaben, die überall, wo nicht exakte Daten vorliegen, auf vorsichtigste Schätzung gegründet sind. Es folgt dann ein zusammenfassendes Kapitel „Der wirtschaftliche Aufbau des Landes und der Gesamtwert seiner Gütererzeugung". Mit einem alten jüdischen Worte kann man auch hier sagen: In der Arbeit das Schlußstück, im Gedanken das Erste. Denn es kommt für das Verständnis des Lesers vor allem darauf an, sich die Tatsache klar zu machen, daß die Grundlage der Wirtschaft Syriens die Landwirtschaft ist, und daß auch die Anfänge der Industrie auf ihr basieren.

Deshalb ist der folgende Abschnitt „Die Landwirtschaft" das Rückgrat des Buches. Er ist es auch, der die höchste Aufmerksamkeit aller Juden erfordert, die sich für die jüdische Kolonisation Palästinas interessieren. Ruppin gibt zunächst eine Übersicht der bisherigen Produktion nach Art und Menge. Dann schreitet er zu einer hochwichtigen und originellen Untersuchung der Einzelwirtschaft und der Zweckmäßigkeit der bisher im Lande angewandten Bewirtschaftungsformen. Diese Untersuchung ist für uns besonders wichtig, weil sie sich auf das im engeren Palästina gewonnene Zahlenmaterial gründet. Ruppins Rentabilitätsberechnungen zeigen, daß die primitivste Form, die Fellachenwirtschaft, zurzeit durchaus nicht die unrentabelste ist. Am ungünstigsten stehen vielmehr die jüdischen Wirtschaften mit einseitigem Ackerbau da, zumal die kleineren. Die erfolgreichste Wirtschaft ist die der deutschen Kolonisten. Sie erreicht diesen günstigen Stand durch ihre Intensivierung und ihre Vielseitigkeit, indem sie zum Ackerbau und zur Pflanzungskultur die Viehwirtschaft, den Gemüsebau und — was sehr wesentlich ist — die von der Bäuerin geleiteten Nebenbetriebe der Landwirtschaft pflegt. Sie kommt damit, abgesehen von der hohen Rentabilität, dem Ideal des Bauern, der völligen Selbstversorgung, am nächsten. Auch die jüdischen Pflanzungsbetriebe rentieren gut; doch hat hier der Krieg ein warnendes Menetekel gegen die Einseitigkeit aufgestellt, indem diese Betriebe meist auf Export angewiesen sind und in der Beschaffung der wichtigsten Lebensmittel nicht Produzenten, sondern kaufende Konsumenten sind. — Ruppins vorsichtige Stellungnahme gegen den Glauben, daß allein durch technische Modernisierung der Betriebsmittel die Rentabilität der Landwirtschaft gehoben werden könne, verdient hohe Beachtung.

Im Anschluß an diesen Abschnitt bespricht Ruppin die Maßnahmen zu einer Hebung der syrischen Landwirtschaft. Er verliert sich dabei nicht in uferlosen und utopischen Plänen, sondern bleibt überall auf dem Boden des Gegebenen und des Möglichen. Seine wichtigsten Vorschläge beziehen sich auf Maßnahmen des Staates zur Verbesserung der allgemeinen Produktionsbedingungen (Steuerreform, Landesgesetze, Besserung der Verkehrswege, Schaffung von billigem Kredit u. a.) und auf berufliche Zusammenarbeit der interessierten Kreise (Schaffung einer landwirtschaftlichen Gesellschaft nach dem Muster Ägyptens, Einrichtung von Lagerhäusern, Versuchsstationen usw.).

Wer in diesem Abschnitt Ruppin als gründlichen Kenner der landwirtschaftlichen Dinge bewundert hat, muß überrascht sein, in dem folgenden großen Kapitel über die Industrie Syriens, die gleiche gediegene Sachkenntnis zu finden. Es ist erstaunlich, mit welchem Spürsinn Ruppin die Quellen erschlossen hat, um zuverlässige Auskünfte über die sehr zersplitterten und unübersichtlichen Verhältnisse dieser unorganisierten und zum großen Teil in der Form der Hausarbeit sich betätigenden Industrie zu erhalten. Seine Angaben sind trotz ihrer Kürze außerordentlich erschöpfend, und es dürfte kaum irgend ein einigermaßen wesentlicher Industriezweig fehlen. — Ganz besonders lehrreich ist hier der Abschnitt „Gescheiterte industrielle Versuche und ihre Lehren", ein bitteres Kapitel der Rückschau gerade auch für die jüdische Kolonisation. Das sichere Urteil Ruppins weist hier Kritik und Abhilfe so überzeugend auf, daß es für die Zukunft von höchster Bedeutung

wird. Man kann ruhig sagen, daß wenn ein solches Buch vor zwanzig Jahren existiert hätte, wir um manche Enttäuschung ärmer und um manches Gelingen reicher in Palästina wären. Positiv in die Zukunft weisen auch hier eine Reihe von Vorschlägen zur Hebung der Industrie und zur Ausnutzung der Möglichkeiten, die das Land bietet.

In gleich gründlicher Weise behandelt Ruppin dann den Handel. Auch hier können wir auf Einzelheiten nicht eingehen. Die Verbesserungen, die Ruppin hier anregt, gipfeln zum großen Teile in Verbesserungen des Verkehrs- und Transportwesens, dem im folgenden ein besonderer Abschnitt gewidmet ist. Dies dürfte auch das einzige Gebiet sein, auf dem der Krieg, der im übrigen für die Wirtschaft Palästinas und Syriens besonders verheerend gewirkt hat, starke Fortschritte gebracht hat. An ihnen wird der Wiederaufbau nach dem Kriege hoffentlich eine kräftige Stütze finden.

In kleineren Übersichten beleuchtet Ruppin schließlich noch das Unterrichtswesen, die Lebenshaltung in Dorf und Stadt, und schneidet damit eine Reihe der für die zukünftige Entwicklung wichtigsten, sozialen, kulturellen und nationalen Probleme an, die gerade jetzt von besonderer Aktualität sind. Aber es geschieht auch hier wieder immer auf dem sicheren Boden der gegebenen Tatsachen. Auf ihm ruht auch, was Ruppin zum Schluß über die wirtschaftliche Zukunft Syriens sagt. Er sieht die verheißungsvollste Möglichkeit in der Schaffung eines intensiven Garten- und Pflanzenbaues im ganzen Küstenland und im Gebirge. Das ist unbedingt richtig. Palästina und Syrien wird niemals eine „Kornkammer" werden. Aber gerade der jetzige Krieg drängt zur stärkeren Betonung auch der Notwendigkeit, die wichtigsten Nahrungsmittel, die Körnerfrüchte, in ausgedehntem Maße im Lande selbst zu erzeugen. Der gemischten Wirtschaft gehört die Zukunft in Palästina und Syrien.

Vielleicht hätte — auch in einem der Wirtschaft gewidmeten Buch — noch ein Punkt eine etwas ausführlichere Darstellung verdient: die hygienischen Verhältnisse. Sie haben, wie in den Tropen so auch hier, eine so gewaltige, wirtschaftliche Bedeutung, daß sie in vielen Fällen geradezu ausschlaggebend für die Möglichkeit und Rentabilität kolonistischer Unternehmungen geworden sind.

Die kurze Aufzählung dessen, was Ruppins Buch enthält, soll nur dazu dienen, den allgemeinen Eindruck zu vermitteln: Daß wir es hier mit einem wirklichen Standardwerk, einem auf diesem Gebiet einzigartigen und erschöpfenden Handbuch zu tun haben. Wer von jüdischer Seite sich bisher in all diesen Dingen immer auf Palästina beschränkt hat, wird nach der Durcharbeitung dieses Buches verstehen, daß die Erweiterung des Stoffkreises auf ganz Syrien eine sachliche Notwendigkeit ist. Palästina und Syrien sind wirtschaftlich nicht von einander zu trennen.

In diesem Buche, das mit beispiellosem Fleiße alles Material heranzieht, wird besonders deutlich, wie lückenhaft bisher dieses Material ist, und wie sehr überhaupt noch alle Dinge im Werden begriffen sind. Darum ist aber auch ein stärkster Hinweis auf die großen Möglichkeiten einer zielbewußten Betätigung und auf die Bahnen, in die die Ströme von Energie zu leiten sind, die das Land zu seiner Erschließung braucht. Wir hoffen und wünschen, daß der klare Geist, der uns dieses Buch gegeben hat, seine als unentbehrlich empfundene Kraft nach dem Kriege weiter in den Dienst der jüdischen Kolonisation Palästinas stellt, und wir danken ihm für die große Gabe, die er uns in diesem Buche geschenkt hat: ein Denkmal jüdischer Tüchtigkeit.

Ein Zirkular der russischen Zionisten.

Am 23. März versandte das Zentral-Komitee der Zionistischen Organisation in Rußland das erste offizielle Zirkular nach der Revolution an die Zionistischen Distrikts- und Kreis-Komitees. Nachdem das Zentral-Komitee auf die neuerrungene Freiheit hingewiesen hat, die dem organisatorischen Leben große Möglichkeiten erschließt, spricht es von der Pflicht, die zionistische Arbeit in Rußland von Grund auf zu reorganisieren. Die Distrikts-Komitees haben die Pflicht, die Ortsgruppen und Lokal-Komitees zu neuem Leben zu bringen, alle zerstreuten Mitglieder zu organisieren und so den Boden zu schaffen für den demnächst einzuberufenden all-russischen Zionistischen Delegiertentag. Bis zu diesem Zeitpunkte schreibt das Zentral-Komitees den Zionistischen Komitees und Ortsgruppen folgende Aufgaben vor:

1. Zionistische Propaganda.

Die sofortige Organisierung von Schekelsammlungen, Wahl und Wiederwahl von Stadtkomitees, die Veranstaltung von zionistischen populären und wissenschaftlichen Vorträgen, die sofortige Durchführung aller zionistischen Geldsammlungen usw.

2. Organisierung der Judenheit.

Neben der Zionistischen Arbeit sind die Zionistischen Stadtkomitees verpflichtet, in jeder größeren Stadt die sofortige Gründung eines allgemeinen jüdischen politischen Komitees durchzuführen. In diesem Komitee sollen verschiedene politische Parteien und Strömungen vertreten sein, nötigenfalls sollen auch Vertreter der Gemeinden, der öffentlichen und professionellen Institutionen gewählt werden. Diese Komitees müssen danach streben, sich zu autoritativen Vertretungen der jüdischen

Bevölkerung zu entwickeln. Das Arbeitsprogramm dieser Komitees muß in folgendem bestehen:

a) Im Kampfe für die tasächliche Durchführung der jüdischen Gleichberechtigung und in Vertretung der jüdischen Interessen bei den höheren Verwaltungsorganen, den Kommunen und Lokal-Behörden.

b) In vorsichtigem und vernünftigem Regulieren des Auftretens der jüdischen Gesellschaft in allgemeinen russisch-politischen Fragen.

c) In der Vorbereitung und Besprechung des Programmes der jüdisch-nationalen Forderung in Rußland.

d) In der Herstellung eines regelmäßigen und dauernden Kontaktes mit dem Jüdisch- Politischen Kollegium in Petersburg.

e) In der Reorganisierung der Jüdischen Gemeinden als der Grundlage für die zukünftige national-politische Autonomie des russischen Judentums.

In allen ihren politischen Arbeiten haben die Komitees vorläufig das Helsingforser Programm der russischen Zionisten als Grundlage zu nehmen. Das Helsingforser Programm soll beim nächsten Delegiertentage einer Revision unterzogen werden.

3. Palästina.

Nächst den erwähnten Arbeiten haben alle Zionisten die unerläßliche Pflicht, eine großzügige Propaganda zu entfalten zwecks Anerkennung unserer Forderungen auf Palästina bei der bevorstehenden Friedenskonferenz. Sowohl in den obenerwähnten, politischen Komitees, wie auch in allen anderen Gemeinde-Institutionen, an denen Zionisten sich beteiligen, muß die Palästina-Frage in ihrer ganzen Ausdehnung gestellt und positive Willenskundgebungen seitens dieser Institutionen und der hinter ihnen stehenden Gesellschaftskreise erzielt werden.

Das Zirkular schließt mit der dringenden Mahnung, sofort an die Arbeit heranzutreten und sich unverzüglich mit dem Zentral-Komitee (Adresse: Petersburg, Torgowaja 17, Wostok) in Verbindung zu setzen.

Welt-Echo

Die Judenfrage im Reichstagsausschuß. In der Sitzung, über die wir schon in der vorigen Nummer eine kurze Notiz brachten, kam auch die Behandlung der jüdischen Soldaten im Heere zur Sprache. Über den Verlauf der Debatte berichtet das Hamburger „Isr. Familienblatt“: Die Debatte wurde von einem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion eingeleitet. Er führte aus, daß trotz der feierlichen Erklärungen vom Regierungstische aus sog. Judenzählungen stattgefunden hätten, auch über eine differenzielle Behandlung der Juden im Heere lägen Mitteilungen vor. Der Redner führte ferner Beschwerde über Beleidigungen gegen einzelne Juden sowie gegen die ganze Religionsgemeinschaft derselben. Der sozialistische Beschwerdeführer fand energische Unterstützung seitens eines Vertreters der Fortschrittlichen Volkspartei, welcher erklärte, das Kapitel des Antisemitismus in der Armee sei sehr unerfreulich. Das Kriegsministerium antworte nicht in der richtigen Weise auf Beschwerden von Abgeordneten. Der Redner führte einzelne Fälle von Nichtbeförderung tüchtiger und sogar dekorierter jüdischer Soldaten zu Offizieren an. Der Kriegsminister habe als Staatsminister die Pflicht, der Verfassung zur Durchführung zu verhelfen. Diese mit umfangreichem authentischen Beweismaterial unterstützten Angriffe mußten eine Erwiderung des anwesenden preußischen Kriegsministers hervorrufen. Es seien sehr viele jüdische Offiziere ernannt worden, sagte er, so daß von einer grundsätzlichen Versagung solcher Beförderungen nicht die Rede sein könne. Nicht jeder Offiziersaspirant eigne sich aber schließlich zum Offizier. Das hat auch niemand behauptet, sondern nur, daß auch viele durchaus geeignete jüdische Krieger wegen ihres Glaubensbekenntnisses noch immer nicht befördert würden. Wenn der Kriegsminister schließlich zusagte, daß den vorgekommenen Einzelfällen nachgegangen werden würde, so wird man das Ergebnis dieser Untersuchungen abwarten müssen, um beurteilen zu können, ob die in Rede stehenden Nichtbeförderungen von Juden ausreichend begründet waren. Namentlich wird der Herr Kriegsminister dann den empörenden Beleidigungen gegen Juden als Einzelpersonen und als religiöse Gesamtheit und der solchen Ausschreitungen zugrunde liegenden niedrigen Gesinnung entgegentreten können. Ein nationalliberaler und ein Zentrumsredner gaben dem Kriegsminister denn auch beachtenswerte Winke, in welcher Richtung sich namentlich die von ihm versprochenen Untersuchungen bewegen müßten. Der erstere Redner sagte, der Überschreitung der Dienstgewalt gegenüber jüdischen Soldaten müsse vorgebeugt werden, und der letztere wandte sich gegen die politische Gesinnungsschnüffelei, die namentlich gegen Juden geübt werde. Der Vertreter der Antisemiten, der bekannte Bruhn bedauerte, daß Juden zu Offizieren befördert werden. Er bestritt die Angaben des Fortschrittlers über die ungleiche Behandlung jüdischer Soldaten und Militärdienstpflichtigen, vielmehr hätten jüdische Heeresangehörige es in vielen Fällen verstanden, auf ruhige Posten zu kommen. Der Abg. Bruhn hielt es aber, im Gegensatz zu dem von ihm bekämpften Kommissionsmitgliede, für entbehrlich, seine allgemeinen antisemitischen Beschuldigungen durch bestimmte Tatsachen zu beweisen. Der konservative Redner beschränkte sich auf die Behauptung, gegen die Ernennung jüdischer Offiziere sei nichts einzuwenden, aber die Selbständigkeit der Kommandeure in der Auswahl geeigneter Persönlichkeiten müsse unter allen Umständen bestehen bleiben. Die „geeignete“, die „achtunggebietende“ Persönlichkeit — das war ja immer, schon vor dem Kriege, das Steckenpferd der Reaktionäre, mit dem sie in der Praxis das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden auch im Heere, das sie nicht aus der Welt schaffen konnten, illusorisch zu machen nie müde wurden. Ein Redner der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beschloß die Debatte mit der Erklärung, daß es sich bei den jüdischen Mannschaften um die ungerechte Behandlung und um die ungerechte Nichtbeförderung handle. Einer solchen werden doch auch die Konservativen nicht das Wort zu reden wagen.

Die Verhältnisse in den besetzten Gebieten kamen am 4. Mai im Hauptausschusse des Reichstags zur Sprache. Ein Vertreter der Deutschen Fraktion sagte u. a., die Lage der Juden, besonders in Lodz, sei entsetzlich und ihre Besserung eine unserer ersten Pflichten. Ein Sozialdemokrat beschwert sich über die Verwaltung in Litauen. Bei der Judenbevölkerung in Wilna ist gewiß manches schlimm, aber sie stellt ein wirtschaftlich unentbehrliches Element dar. Die Sterblichkeit hat dort sehr zugenommen, ohne

daß Genügendes dagegen geschah. Polen und Juden müssen zusammenleben, deshalb müssen die Ersteren gebührende Rücksicht nehmen. Die Zwangsarbeit bei geringem Lohn traf ausschließlich die Juden. Gegen den Willen des Stadthauptmanns wurden harte Strafen verhängt. Bei einer Zwangsanleihe wurden die Polen bevorzugt. Diese Dinge müssen anders werden. Zufrieden ist die Bevölkerung dagegen mit der Rechtsprechung. Ein Fortschrittler bestätigt die Klagen über die Verwaltung in Litauen. Mit jedem Tag werde es dort ärger. Es müsse ein Wechsel an der Obersten Stelle erfolgen, ein anderer Träger des dort herrschenden Systems sei ja glücklicherweise entfernt. Der Redner wiederholt die Beschwerden über das Schulwesen in Warschau, das Wahlsystem, das Unterstützungswesen, die Zusammensetzung des Staatsrates usw.

Am 5. Mai wurden die Beratungen fortgesetzt. Ein Zentrumsredner wies darauf hin, daß in Wilna sich die Juden über die Polen beschweren aber auch die Polen über die Juden. Nach seiner ganzen Weltanschauung passe Graf York nicht dahin. Die sprachlichen Schwierigkeiten, der Mangel an geeignetem Personal führen zu Klagen. In Wilna wird man stets anstoßen, da man nicht alle Nationalitäten zufriedenstellen kann. Ein Redner, der Soz. A.-G. erkannte an, daß auf dem Gebiete der Hygiene und der Rechtsprechung manches Gute geschaffen wurde, in der Hauptsache allerdings um militärischer Zwecke willen. Daneben laufen aber zahlreiche Klagen hinsichtlich der Arbeiterbeschaffung, der Behandlung der Bevölkerung im allgemeinen, des Verhaltens der Verwaltung gegenüber den religiösen Bedürfnissen und Anschauungen, gegenüber den Schulen und wohltätigen Vereinen. Ein polnischer Abgeordneter wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Polen die Juden schlecht behandeln und erörtert das geschichtlich und wirtschaftlich bestehende Verhältnis der beiden Volksstämme. Unterdrücken können die Polen überhaupt nicht, das kann nur die Bureaukratie. Die Polen beschweren sich über dieselben Dinge wie die Juden. Staatssekretär Dr. Helfferich wies darauf hin, daß bei der notwendigen Anspannung aller unserer Hilfsquellen naturgemäß — wie in der Heimat — so auch in den besetzten Gebieten Härten nicht vermieden werden können.

In der Sitzung vom 7. Mai sagte ein Mitglied der Deutschen Fraktion, ein wichtiges Problem sei die Lösung der Judenfrage; die Einwanderung der Juden solle möglichst verhindert, dafür die Juden in ihre ursprüngliche Heimat überführt werden. Ein Mitglied der Fortschrittler trat nochmals für entsprechende Behandlung der Juden in Litauen ein, die nicht schlechter sein dürfe als die der Deutschen. Die Beteiligung der Bevölkerung und der Vereine bei Ausübung der Wohlfahrtspflege usw. dürfe nicht beschränkt werden. Das Selbstverwaltungsrecht sei zu erweitern. Der Vorschlag des Vorredners auf Unterbringung der Juden in Palästina sei angesichts der dortigen Bodenbeschränktheit undurchführbar.

Die Aussichten der antisemitischen Bewegung in Deutschland sieht die „Staatsbürgerzeitung" recht pessimistisch an: „Der Karren ist in der antisemitischen Bewegung verfahren, und es wird eine Weile dauern, bis er wieder flott wird. Die übertriebenen großen Erwartungen auf einen ungewöhnlichen Aufschwung des Antisemitismus nach dem Frieden sind unseres Erachtens unberechtigt. Zweierlei ist geeignet, dem deutschen Antisemitismus Abbruch zu tun: 1. Die russische Revolution und 2. die Unzulänglichkeit in der derzeitigen Führung der deutschvölkischen Partei. Die russische Revolution befreit Deutschland von dem Schreckensgespenst der ostjüdischen Masseneinwanderung. Das macht natürlich was aus. Die russische Revolution wird des weiteren eine große demokratische Welle auch in Deutschland erzeugen. Die Herren Werner, Wiegershausen und Hennigsen, die zielbewußt gegen diesen Strom zu schwimmen unternehmen, werden dabei keine Triumphe feiern. Was die Unzulänglichkeit in der derzeitigen deutschvölkischen Partei betrifft, so ist das ein besonderes Kapitel, über das wir uns ein andermal eingehender verbreiten wollen."

Aus Palästina. Über die Evakuierung Jaffas und der judäischen Kolonien südlich von Jaffa sind im Auslande am 7. Mai längere Berichte verbreitet worden. Da wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, authentisch über die diesen Meldungen zugrunde liegenden Tatsachen zu berichten, müssen wir ihre Veröffentlichung bis zu dem Zeitpunkt verschieben, wo wir die eingeforderten Berichte erhalten werden.

Im Hauptausschuß des Deutschen Reichstages wurden an das Auswärtige Amt Anfragen wegen der im Ausland verbreiteten Gerüchte über die Vorgänge in Palästina gestellt. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Exzellenz Zimmermann, antwortete in der Sitzung des Hauptausschusses vom 8. Mai auf diese Anfragen.

Zionistisches aus Lodz. Am 10. April wurde anläßlich des Schekeltages das erste Lodzer Zionistische Volksmeeting abgehalten, an dem sich 1500 Personen beteiligten. Den Vorsitz führte Herr Dr. Rosenblatt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Da die Juden als besondere Nation mit einem ausgesprochenen Willen ihrer nationalen Fortexistenz das Recht haben, Garantien für die freie Entwicklung ihrer eigenartigen nationalen Kultur zu fordern, stellt die Versammlung vom 10. April im Konzertsaal in Lodz fest, daß, während die Regulierung der Judenfrage und die Erhaltung des jüdischen nationalen Organismus nur durch die Schaffung einer ständigen jüdischen Siedlung in dem historischen Vaterland der Juden möglich ist, im Golus, besonders in den Ländern mit einer großen jüdischen Bevölkerung, die Rechte der Juden als nationaler Minderheit anerkannt werden müssen. Es wird daher gefordert: 1. die Anerkennung der jüdischen Nation in Polen und konstitutionelle Garantien für die Rechte der jüdischen nationalen Minderheit. Zur Sicherung dieser nationalen Rechte eine entsprechende Vertretung in allen Staats- und Kommunal-Institutionen wie auch volle Rechte der

Selbstverwaltung in allen innerjüdischen nationalen Fragen. Diese Forderungen stehen im Einklang mit den Rechten und Pflichten des Staates und entsprechen seinen Interessen; 2. eine öffentlich-rechtliche Anerkennung von Palästina als Heim für das jüdische Volk und Garantien für eine jüdische Kolonisation in Palästina, die eine weitere freie Entwicklung ermöglichen." Diese Resolution wurde in begeisterter Stimmung durch Akklamation einstimmig angenommen. Unter den Klängen der Hatikwah wurde das zionistische Volksmeeting geschlossen.

Der Gerer Rebbe und die jüdische Presse (vgl. Notiz in Nr. 16 des „J. E.") Der „Hajnt" berichtet, daß die Zeitung „Moment" sich an den zurzeit in Otwock residierenden Gerer Rebbe gewandt habe wegen dessen Äußerungen in seinem bekannten Rundschreiben zugunsten des „Jüdischen Wortes" gegen die Lektüre anderer jidischer Zeitungen. Der „Moment" fordert das religionsgesetzliche Urteil eines Bes Din und behauptet, daß der Grund (Irreligiosität und Frivolität) für ihn nicht zutreffe. Der Gerer Rebbe soll bereit sein, eine eingehende Untersuchung anzustellen, verlangt jedoch von dem Redakteur des „Moment' das Versprechen, daß er seine Zeitung schließt, falls sich die Beschuldigung bestätigen sollte.

Der Stadtrat von Bendzin. Die jüdische Bevölkerung von Bendzin macht ungefähr 70 Prozent der gesamten Bevölkerung der Stadt aus. Zurzeit der Wahlen zum Stadtrat erklärten sich die Polen nur unter der Bedingung bereit, an den Wahlen teilzunehmen, daß die Polen im Stadtrat eine Majorität erhalten. Das Entgegenkommen der Bendziner Juden, den Polen die Hälfte der Sitze im Stadtrat zu überlassen, wurde zurückgewiesen. So sahen sich die Juden von Bendzin gezwungen, die Wahlen zum Stadtrat allein durchzuführen. Am 26. März wurde der Stadtrat von Bendzin, der infolge der Nichtanteilnahme der Polen an den Wahlen aus 24 jüdischen Ratsmännern besteht, eröffnet. Die polnische Presse nennt den Bendziner Stadtrat ironisch das „Synedrion".

Geldüberweisungen von Rußland nach Polen. Das Zionistische Zentralbureau in Warschau hat die Erlaubnis erhalten, zwischen den okkupierten Provinzen Polens und Rußlands einen Geldvermittlungsverkehr einzurichten. Die ersten beiden Listen, eine jede von mehreren hundert Namen solcher Personen, die ihre Verwandten in Rußland um Geldunterstützungen ersuchen, ist bereits durch Vermittlung des Kopenhagener Bureaus der Zionistischen Organisation abgegangen. Dieser Verkehr wird voraussichtlich einen sehr bedeutenden Umfang annehmen und eine Parallele zu dem Geldvermittlungsverkehr zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und allen Kriegsgebieten darstellen, der bekanntlich ebenfalls durch die Zionistische Organisation geht.

Rechtsanwalt Isidor Jassinowski. Am 1. April verschied in Warschau nach einer langen schweren Krankheit im Alter von 76 Jahren einer der ältesten Führer der Zionistischen Bewegung in Polen, Mitglied des Großen A.-C. und des Präsidiums des ersten Zionistenkongresses, Rechtsanwalt Isidor Jassinowski. Dr. Herzl fand in ihm einen der ersten und eifrigsten Freunde, dem er, zusammen mit Rabbiner Samuel Mohilewer, Dr. Kohan-Bernstein und Professor Mandelstamm die Leitung der zionistischen Bewegung Rußlands anvertraute. Er wurde zum ersten Vertreter für Polen im Zionistischen Aktions-Komitee. In seinem Hause weilte Dr. Theodor Herzl auf seiner berühmten Durchreise über Warschau. Von der ersten Konferenz der Chowewe-Zion in Kattowitz bis zum 7. Zionistenkongreß in Basel stand der Verstorbene in der ersten Reihe der palästinensischen und späteren zionistischen Bewegung als einer der treuesten Diener und Führer. Später wurde Dr. Jassinowski einer der Führer der territorialistischen Bewegung und nahm als solcher an der Brüsseler Konferenz lebhaften Anteil. Eine schwere Krankheit zwang ihn aber dann, von jeder öffentlichen Tätigkeit Abstand zu nehmen.

Befreiung der Galizischen Geiseln. In Sibirien und einer Reihe anderer russischer Gouvernements befanden sich bekanntlich zahlreiche Juden, die von der russischen Okkupationsmacht in Galizien als Geiseln verschleppt wurden. Ein Erlaß der provisorischen Regierung, unterzeichnet vom Ministerpräsidenten, Fürsten Lwow und dem Kriegsminister Gutschkow, verordnet die sofortige Freilassung aller Verschleppten, ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens. Sämtlichen Befreiten soll nach Möglichkeit die Rückkehr in ihre Heimat gegeben werden. Die Unbemittelten sollen von den Behörden die Kosten für ihre Reise und Unterhalt erhalten. Eine spezielle Militärkommission wird eingesetzt, die die Aufgabe hat, die einzelnen Fälle zu untersuchen, in denen die Rückkehr nicht gestattet werden soll.

Die erneuerte jüdische Presse in Rußland. Der erste Freiheitsmonat in Rußland ließ schon eine ganze Reihe jüdischer Zeitungen entstehen. In Odessa begann von neuem die von Hochberg redigierte zionistische Tageszeitung in jidischer Sprache „Unser Leben" zu erscheinen. Auch die von der alten Regierung eingestellte politische Tageszeitung „Petrograder Tageblatt" wurde erneuert. Der „Bund" begann seine Zeitung „Die Arbeiterstimme", die er von 1897 bis 1905 im Ausland drucken und in Rußland illegal verbreiten ließ, wieder öffentlich herauszugeben. Von dem Organ der Poale-Zion „Der Sozialdemokrat", sind schon einige Numern herausgekommen.

Pogromhetze in Beßarabien. Nach einem Bericht der „Times" versuchten in Kischenew Kosaken einen Judenpogrom zu inszenieren. Es wurden hetzerische Reden gehalten und Gerüchte über Kirchenschändungen durch Juden verbreitet. Es kam aber nur zu unbedeutenden Zusammenstößen, wobei einige Schüsse gewechselt wurden. Der Versuch mißglückte und die Ordnung ist wieder hergestellt.

Dem Verband der Israelitischen Gemeinden Italiens ist ein Gesuch des Israelitischen Frauenvereins in Siena zugegangen, daß auch die Frauen in den Vorstand der jüdischen Gemeinden wählbar seien. Interessant ist ihre Begründung: Die Männer kümmerten sich zu wenig um die Interessen des Judentums; die Aufgabe falle den Frauen zu, die von den Vorfahren ererbten Güter den neuen Geschlechtern zu überliefern.

Vom „Journal de Genève". Das „Isr. Wochenbl. f. d. Schweiz" schreibt: Die antisemitische Tendenz des „Journal de Genève" ist in verschiedenen Angelegenheiten und Ereignissen der letzten Zeit öfters zutage getreten und hat in jüdischen Kreisen unliebsames Aufsehen und Ärgernis erregt. Es scheint, daß die Redaktion mit gewisser Absicht diese Tendenz zur Schau trägt, und es ist

zu beklagen, daß in einem sonst angesehenen Organ bei allen Ausführungen und Artikeln, wo die Juden in ihrer Gesamtheit genannt werden, stets das Urteil über diese ein voreingenommenes ist. So war es anläßlich des Beilisprozesses auffällig, daß das „Journal de Genève" es schon für nötig fand, den unschuldigen Angeklagten zu verdammen und den russischen Gerichtshof zu verteidigen, wo es doch für die ganze Welt klar war, daß der ganze Verdacht von bekannten Kreisen angestiftet war, um die Juden zu treffen. Ebenso verfehlte das Blatt nicht, die Nachricht zu verbreiten, daß die russischen Juden über Rumänien Getreide nach Deutschland und Österreich während des Krieges geliefert hätten. Diesem Blatt war es auch vorbehalten zu behaupten, daß die polnische Unabhängigkeits-Erklärung durch die Zentralmächte durch Sozialisten und Juden verursacht worden wäre. Und jetzt wird die gute Gelegenheit wahrgenommen, zu behaupten, daß Skobelew, der Urheber der Friedensbewegung (zu Gunsten der Zentralmächte) in Rußland, ein Jude ist und überhaupt die Juden die Führer der Bewegung sind.

Literarisches Echo

Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur. Berlin, M. Poppelauer, 1917.

Der 20. Band des „Jahrbuchs" ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Elbogen: Rückblick auf das Jahr 5676. Bernfeld: Literarische Jahresrevue. Bergmann: Judentum und Griechentum. Lewkowitz: Religion und Nationalismus. Ludwig Geiger: Briefe an, von und über Mendelsohn. N. M. Nathan: Aus den Jugenderinnerungen K. F. v. Klöden (außerordentlich interessant!). Rosalie Perles: Jüdische Kriegsgedanken. Ulla Wolff-Frank: Mirele. — Leider ist das Jahrbuch wieder ebenso minderwertig gedruckt und unwürdig ausgestattet wie die vorhergehenden.

Die Bjalik-Nummer der „Jewreiskaja Shisn" (Moskau) vom 3. April 1916 kommt erst jetzt durch den jüdischen Verlag (Berlin W. 15, Sächsische Str. 8), zum Verkauf. Preis mit Porto M. 1.45. Das mit einigen Bildnissen des Dichters (darunter einer schönen Zeichnung Pasternaks) und hübschen Vignetten geschmückte Heft enthält mehrere ausgezeichnete Aufsätze über Bjalik von hervorragenden russisch-jüdischen Schriftstellern und Proben seines Schaffens in Übersetzung der ersten russischen Dichter: Brjussow, Ssologub, Wjatsch. Iwanow u. a. Das Heft ist eine des großen Dichters durchaus würdige Jubiläumsausgabe.

„Neue Jüdische Monatshefte". Heft 14 ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Eduard Bernstein, Vom Mittlerberuf der Juden. Leop. v. Wiese, Deutschtum und Judentum (Schluß). M. Balaban, Der Kahal in Polen. Adolf Friedemann, Der Refraktär. Felix A. Theilhaber, Blätter aus dem Felde. Prof. S. Krauß, Ein Wort zur buddhistischen Bewegung in Deutschland. Umschau. Literaturblatt.

„Moriah", jüdische Monatsschrift in polnischer Sprache. Das Pessachheft hat folgenden Inhalt: W. B. „Exodus". El. Rieger „Pessach". Hugo Bergmann „Der Meister der Propheten". „Aus der Agadah und dem Midrasch" (Pessachfragmente). Achad Haam „Moses". Zwi Kasdai „Pessach im Kaukasus". Max Brod „Ostjuden — Talmud — Gymnasium". D. H. „Spinoza-strophen" (Fragmente aus einer Dichtung). B. Dulberg „Der Dichter der Hatikwah" (Naphtali Herz Imber). Martin Buber „Das Problem der jüdischen Erziehung". Gedenktafel für die im Kriege gefallene Jugend Galiziens. Rundschau. A. Tartakower „Palästinaprobleme". Dr. W. Beigel „Fünfzehn Jahre Jüdischer Nationalfond". Bibliographie. — Zu beziehen durch „Moriah"-Verlag, Wien I, Ebendorferstraße 3.

Feuilleton

Aus der Welt der Chassidim.

Von Chaim Bloch, Delatyn.

II.

Wie der Nikolsburger und der „Haflaah" zu den Chassidim kamen.

1. Aus wessen Munde man die Lehre suchen soll.

Unermüdlich und zielbewußt arbeitete der Magid von Mizricz und der kleine Kreis seiner Jünger an der Verwirklichung des chassidischen Ideales. Und dieses Ideal begann sich aus den ersten noch ziemlich isolierten Anfängen seines Schöpfers, Baalschem, allmählich in schärferen Umrissen zu entwickeln. Die unsicheren, tastenden Versuche, den heiligen Gedanken ins Volk zu verpflanzen, wichen einer methodischen Verbreitung und wurden zu einer großen Strömung in ganz Polen.

Mit staunenswerter Beharrlichkeit bemühten sich die Jünger des Magid, unter denen sich Rabbi Susja von Annopol durch seine nahezu unerschöpfliche Fülle von Einfällen und Schrifterklärungen auszeichnete, die Rabbiner, von welchen sie wie eine Pest bekämpft wurden, zu gewinnen. Die Funken der chassidischen Lehre fielen bald auch in diese Kreise und brachten einige Herzen zum heiligen Glimmen. — Die Brüder, Rabbi Schmelke Horwiz (nachher Rabbiner in Nikolsburg) und Rabbi Pinchas Horwiz (nachher Rabbiner in Frankfurt a. M.) eröffneten den Reigen. Sie kamen zum Magid nach Mizricz, um seine Wege und Ziele und die Art und Weise, wie er dem Herrn diente, kennen zu lernen. Sicher auch um sich zu überzeugen, ob die verschiedenen gegen ihn erhobenen Anklagen auf Wahrheit beruhten. Ihre Eltern und Freunde rieten ihnen von dieser Reise ab, weil sie darin eine Billigung der chassidischen Lehre sahen. Den Jüngern des Magid war es sehr daran gelegen, die beiden Gäste, die Blüten der rabbinischen Gelehrsamkeit, die Söhne des bekannten Rabbiners Hirsch von Czortkow und Urenkel des berühmten Rabbiners Jesaje Horwiz, Verfasser des Buches „Die zwei Tafeln des Bundes", für ihren Kreis zu gewinnen. Sie drangen daher auf den Magid ein, daß er sich den Gästen offenbare und ihnen den ganzen produktiven Aufwand seines Geistes und seiner Gelehrsamkeit zeige. Der Magid aber blieb verschlossen, wie er es immer den Neugekommenen und Nichteingeweihten gegenüber war. Er empfing die beiden Talmudgelehrten sehr freundlich, benahm sich aber sonst so, daß diese annehmen mußten, er verfüge über ein kleines Maß rabbinischen Wissens. Sie verabschiedeten sich daher und begaben sich in das Gasthaus, um bald die Reise in die Heimat anzutreten. Die Jünger des Magids sahen, daß die Gäste keinen guten Eindruck mitnahmen, und es tat ihnen sehr weh, daß sie diese beiden „heiligen Tauben" — wie sie

ihr Meister nannte — nicht in ihrer Mitte haben konnten. Darum begab sich Rabbi Susja von Annopol in das Gasthaus, um die beiden Brüder zu bewegen, noch eine kurze Zeit in Mizricz zu bleiben. Er hoffte, seinen Meister im Interesse der heiligen Sache zu einem andern Benehmen bewegen zu können. Rabbi Schmelke und Rabbi Pinchas erklärten ihm aufrichtig, sie hätten sich überzeugt, daß die Meinung der Rabbiner, der Magid sei in den rabbinischen Disziplinen nur wenig bewandert, auf Wahrheit beruhe, und es befremde sie, daß der Magid trotzdem einen solchen Rang errungen habe. Rabbi Susja, der wohl den beiden nicht verargen konnte, daß sie seinen Meister so gründlich mißverstanden, antwortete darauf: „Der Prophet Maleachi spricht: ‚Denn die Lippen des Priesters sollen die Lehre bewahren, daß man aus seinem Munde das Gesetz suche; denn er ist ein Engel des Herrn der Heerscharen'. Diese Worte erklärten unsere Weisen: ‚Wenn der Rabbi einem Engel gleicht, soll man die Lehre aus seinem Munde suchen.' Nun, wie ist das zu verstehen? Hat denn einer von uns schon einen Engel gesehen, daß er den Rabbi mit einem solchen vergleichen könnte? Aber es ist sicher so gemeint: Ebenso wie du noch nie einen Engel gesehen hast, und doch, wenn er vor dir stehen sollte, ihn nicht fragen würdest und nicht versuchen, auch keinen Beweis von ihm fordern, sondern glauben und verstehen würdest, daß er ein Engel ist, so ist es auch mit dem wahren Zadik. Wollt ihr die Wahrheit aus dem Munde des Magids hören, so müßt ihr zuerst einsehen, daß ihr einen Engel vor euch habt, dann wird jedes Wort und jede Bewegung bedeutungsvoll sein.."

2. „Der Dreiste in die Hölle, der Verschämte in das Paradies".

Rabbi Schmelke und Rabbi Pinchas entschlossen sich nun nach einigem Zaudern in Mizricz zu bleiben. Aber je länger sie dort waren, umso mehr mißfiel ihnen das Benehmen des Magids. Sie bemerkten nämlich, daß er einen richtigen Hofstaat führte und sich allzuviel mit seiner Wirtschaft beschäftigte. Vor dem Morgengebet, das er in der Regel nicht in der überlieferten Zeit verrichtete, sah er nach seinen Pferden und Kühen, sprach mit seinen Dienern und sah ihnen zu, wenn sie die Räder der Karossen und Wagen schmierten. Auch in andern Dingen erschien ihnen sein Benehmen sonderbar. Sie sahen ihn von Zeit zu Zeit in Gesellschaft minderwärtiger, verrufener Leute auf den Gassen herumgehen. Das erregte in ihren Herzen großen Verdruß, und sie schämten sich vor einander, daß sie überhaupt nach Mizricz gekommen waren. Sie verabschiedeten sich daher nochmals und waren fest entschlossen, noch am selben Tage abzureisen. Doch kam ihnen Rabbi Susja zuvor, und trug ihnen mit einer Stimme voller Festigkeit und Treue eine neue Erklärung vor. „Die ‚Väter' sagten: ‚Der Dreiste in die Hölle, der Verschämte in das Paradies'. Der Dreiste, das ist der Zadik, der sich in Heiligkeit erdreistet, darf in die Hölle hinabsteigen, um das Niedere emporzuheben. Er kann sich auf Märkten und Gassen herumtreiben und er braucht das Böse nicht zu fürchten. Der Verschämte aber, der sich nicht erdreisten kann, der muß sich in der Höhe des Paradieses halten, muß ständig lernen und beten und sich hüten, das Böse auch nur zu berühren." — Rabbi Susja erzwang sich die Zusage, daß sie noch einige Tage beim Magid bleiben werden.

3. „Das Land, das ich dir zeigen werde!"

Der Magid zeigte sich nun etwas offener, „er deckte sich wie das Maß einer Faust auf, und wie das Maß zweier Fäuste zu". Aber Rabbi Schmelke und Rabbi Pinchas fühlten sich auf einmal zum Magid hingezogen, und wenn sie in seinem Gemache waren, ihn Auge ins Auge sahen, war ihr Herz von heiliger Wonne erfüllt. Das war ihnen selbst unerklärlich, und sie konnten sich selber über diese Neigung nicht klar werden, da sie noch immer keinerlei Vorzüge beim Magid finden konnten. Es verdroß sie sehr, daß sie die Reise trotz des Abratens ihres Vaters und ihrer Freunde unternommen hatten und daß sie die Zeit unnütz verbrachten. Liebe und Verachtung wechselten in ihnen ab. Rabbi Susja hielt es wieder für notwendig, sie durch eine Erklärung zurückzuhalten. Er sprach zu ihnen: „In der heiligen Schrift wird uns erzählt: ‚Und Gott sprach zu Abraham: Gehe aus

deinem Lande, von deiner Freundschaft und aus deinem Vaterhause, in das Land, das ich dir zeigen werde.' Nun ist es unerklärlich, warum der Ewige seinen Befehl dreifach bestätigen mußte; er hätte ja sagen können: ‚Gehe aus deinem Lande'; es versteht sich ja von selbst, daß er auch von seiner Freundschaft und aus seinem Vaterhause wegginge. Aber die Thora belehrt uns: Zuallererst gehe aus deinem Lande — das ist aus dem Irrtum, in dem sich dein Land befindet; sodann von deiner Freundschaft — das ist aus dem Irrtum, den dir deine Freunde eingeprägt haben; danach aus deinem Vaterhause — das ist aus dem Irrtum, in dem du in deinem Vaterhause erzogen wurdest — dann erst kannst du in das Land gehen, das ich dir zeigen werde.....". —

4. „Seid stark und nehmet die Früchte des Landes."

Als Rabbi Schmelke und Rabbi Pinchas nochmals beim Magid waren, — es war am vierzigsten Tag ihres Aufenthaltes — trug ihnen der Magid mehrere Talmundstellen vor, die ihnen seit jeher unerklärlich waren und die ihnen auf einmal verständlich erschienen. Schließlich begann er ihnen diese Stelle aus der heiligen Schrift vorzutragen: „Und der Herr redete mit Moses und sprach: Sende Männer aus, die das Land erkunden, das ich den Kindern Israel geben will. aus jedem Stamme einen vornehmen Mann. Moses sandte sie aus der Wüste und er sprach zu ihnen: zieht hinauf an den Mittag und geht auf das Gebirge. Und beseht das Land, wie es ist, und das Volk, das darinnen wohnt, ob es stark oder schwach, wenig oder viel ist und was für ein Land es ist, ob es fett oder mager ist ob Bäume darinnen sind. Seid stark und nehmt die Früchte des Landes; es war eben die Zeit der ersten Weintrauben. Sie gingen hinauf und erkundeten das Land von der Wüste. Sie gingen auch hinauf gegen den Mittag und schnitten eine Rebe ab mit einer Weintraube und sie kehrten um, da sie das Land erkundet hatten, nach vierzig Tagen. Und sie verleumdeten das Land, das sie erkundet hatten: ‚Alles Volk, das wir drinnen sahen, sind Leute von großer Länge. Wir sahen auch Riesen daselbst und wir waren vor unseren Augen wie die Heuschrecken, und also waren wir auch vor ihren Augen.' Josua, der Sohn Nuns, und Kaleb, der Sohn Jephunne, die auch das Land erkundet hatten, sprachen zu der Gemeinde Israels: ‚Das Land, das wir durchwanderten zu erkundigen, ist sehr gut.' Das Land — das ist der wahre Zadik, denn es heißt im Psalter ‚Der Gerechte ist das Fundament der Welt'. Wenn man zum Zadik aus einer Wüste, aus dem Getümmel irriger Begriffe und falscher Meinungen kommt, um ihn zu prüfen, muß man in eine höhere Sphäre hinaufsteigen; an den Mittag, denn der wahre Zadik kann Vernunft mit Gefühl vereinen, in seinem Tun und Handeln von der Vernunft nicht abrücken und doch alles mit Gefühl verrichten — wie die Sonne am Mittag. Der wahre Zadik ist stark und schwach, fett und mager zugleich . . . Aber seine Bäume das sind seine Jünger, sind stark und tragen herrliche Früchte wie die ersten Weintrauben, saftig und berauschend. Die Zwerge zittern vor den Riesen und können zu den ‚Ansche Midot' (wörtlich: ‚Menschen von Maß', gemeint sind ‚hervorragende Männer') nur wie die Heuschrecken hinaufschauen. Nur Männer, wie Josua und Kaleb, die sich der Verantwortlichkeit für alles was geschehen, bewußt waren, sagten, daß das Land sehr gut ist: dafür kamen sie in das gelobte Land, und

Josua wurde zum Führer seines Volkes. — Nun dürft ihr nach Hause zurückkehren." Mit diesen Worten schloß der Magid. Die beiden Brüder blieben aber von nun an bei ihm und wurden seine Schüler. Rabbi Schmelke wurde sagar zu einem der größten Führer der Chassidim.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Die Israelitische Privatklinik e. V. in München versendet ihren VII. Jahresbericht. An Schenkungen von 1000 Mk. und mehr sind im verflossenen Jahre eingegangen Mk. 10.250.— An Mitgliedsbeiträgen Mk. 1650.—. An Schuldverschreibungen wurden gezeichnet Mk. 42.000.—. An sonstigen Spenden sind eingegangen Mk. 9553.62. Die Betriebseinnahmen betrugen Mk. 98.951.43. Es wurden im Berichtsjahre 427 Patienten mit 5276 Verpflegungstagen aufgenommen. Die dauernde Nachfrage nach Krankenzimmern und Betten machte eine Vergrößerung der Klinik durch Ankauf des Nebenhauses, Hermann Schmidstraße 7, notwendig. Die Vorstandschaft spendet in ihrem Bericht der Oberin Melitta Feuchtwang für ihre hingebungsvolle Tätigkeit Worte wärmster Anerkennung.

Das Israel. Schwesternheim e. V. in München versendet seinen Bericht für das Jahr 1916. Dem Heime gehörten im Berichtsjahre 15 Schwestern an. Es wurden 58 Pflegen geleistet von insgesamt 2900 Tagen. An Pflegegeldern gingen ein Mk. 10.728.05; an Spenden Mk. 6559.—; an Mitgliederbeiträgen Mk. 7413.—; an Mitgliederbeiträgen Mk. 5500.—.

Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Lilly Freud und Arnold Marlé, Mitglieder der Kammerspiele veranstalten am Montag, den 14. Mai im Bayerischen Hof um 8 Uhr abends einen Rezitationsabend, betitelt „Dreitausend Jahre jüdische Poesie". Karten im Vorverkauf bei Halbreiter, Promenadeplatz 15.

Verein Bne-Jehuda. Infolge technischer Schwierigkeiten sieht sich der Verein veranlaßt, die Vereinsabende von Samstag auf Dienstag zu verlegen. Kommenden Dienstag, den 15. Mai finden wichtige Vereinsbesprechungen statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes bestimmt zu erscheinen.
Voranzeige: Dienstag, den 22. Mai Vortrag von Herrn Dr. Elias Straus II: „Aus der Geschichte der Juden in Osteuropa". Vorstand.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Das Herren- und Damen-Turnen findet regelmäßig jeden Montag von 8—10 Uhr in den Turnhallen der Klenzeschule statt, das Turnen der Zöglingsabteilung (Mädchen) ebenda Montag von 6—7.45 Uhr, das Turnen der Zöglingsabteilung (Knaben) Montag von 6 bis 8 Uhr in der Turnhalle der Kreisoberrealschule Klenzestraße 54/o.
Unsere Mitglieder treffen sich jeden Mittwoch abends von 8.30 ab am Stammtisch im Café Orlando di Lasso. — Der Turnrat.

Die Wanderung am kommenden Sonntag, den 13. Mai muß infolge technischer Schwierigkeiten unterbleiben. Die Führerschaft.





Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion i. V.: H. W. Stöhr, München — für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München